

**Bericht des Bürgermeisters während der Ratssitzung am Donnerstag, 4. Dezember, im
Bramscher Rathaus,
Thema: Suche nach einem Endlager-Standort**

Liebe Kolleginnen,
liebe Kollegen,
sehr geehrte Gäste,

in meinem heutigen Bericht möchte ich einmal zur Suche nach einem Endlager-Standort Stellung nehmen, da die bisherigen Informationen vielleicht etwas irreführend oder nicht präzise genug sind.

Mit meinen nachfolgenden Ausführungen möchte ich Ängste und Sorgen nehmen und Verunsicherungen beenden, gleichzeitig aber auch den Status Quo offen darlegen und transparent auf mögliche Szenarien in der Zukunft hinweisen.

Richtig ist, dass die Suche nach einem Endlager, das bis spätestens 2050 für rund 27.000 Kubikmeter hochradioaktiven Atommüll gefunden werden soll, auch konkret das Osnabrücker Land betrifft.

Nach aktuellem Stand der Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) sind zwei Teilgebiete im Landkreis Osnabrück weiter im Verfahren: eines verläuft von den Ankumer Höhen über Bramsche bis nach Bad Essen, das andere liegt im Bereich Bohmte und Schwegermoor. In beiden Gebieten wurden offenbar Tonstein-Vorkommen festgestellt, die laut BGE nach bisherigen Prüfschritten geologisch geeignet erscheinen. Der Landkreis Osnabrück kommt allerdings zu einer anderen Einschätzung, und zwar, dass die geologische Eignung des Osnabrücker Landes nur mit sehr geringerer Wahrscheinlichkeit gegeben sei.

Generell scheinen sich die Experten der BGE ziemlich sicher zu sein, dass besonders in Norddeutschland, aber ebenso auch in Bayern und Baden-Württemberg Gebiete infrage kommen könnten, während das gesamte Bundesland Rheinland-Pfalz sowie große Teile von Nordrhein-Westfalen und Hessen wohl eher ungeeignet seien, weil es dort an den nötigen Gesteinsschichten fehlt.

Fest steht aber auch: Nur, weil zwei Teilregionen des Landkreises noch nicht ausgeschlossen sind, heißt das noch lange nicht, dass wir in unserer Region bald ein Endlager vorfinden werden.

Zur Veranschaulichung möchte ich einmal das gesamte Auswahlverfahren skizzieren, mit dessen Hilfe die Experten in einem mehrstufigen Prozess nach und nach immer mehr Regionen aussieben.

Insgesamt durchläuft die Suche nach einem Endlager für die hochradioaktiven Abfälle drei Phasen, die ich nachfolgend kurz beschreibe.

Phase 1:

Die erste Phase des Standortauswahlverfahren läuft bereits seit 2017. In dieser Phase werden bestehende Daten des geologischen Untergrundes in ganz Deutschland ausgewertet. Am Ende der ersten Phase bestimmt der Bundestag geeignete Standortregionen.

Phase 2:

Diese Standortregionen werden mit übertägigen Methoden erkundet. Die zuständige BGE erhebt in den ausgewählten Regionen eigenes Datenmaterial durch Bohrungen und seismische Messungen. Am Ende der Phase 2 bestimmt der Bundestag mindestens zwei Standorte, die unter der Erde erkundet werden sollen.

Phase 3:

Die verbleibenden Standorte werden durch die BGE unterirdisch erkundet und ein geeigneter Standort wird identifiziert. Schließlich entscheidet der Bundestag und erlässt ein Gesetz.

Aktuell befindet sich das Standortauswahlverfahren noch in der ersten Phase. Diese Phase unterteilt sich in zwei Schritte.

Der erste Schritt der ersten Phase ist abgeschlossen. Die BGE hat geologische Daten gesammelt, ausgewertet und 2020 den Arbeitsstand im sogenannten „Zwischenbericht Teilgebiete“ veröffentlicht.

Dieser Bericht weist insgesamt **90 Teilgebiete** aus, die circa 54 Prozent des Bundesgebiets umfassen. Teilgebiete sind dabei immer Gebiete, die auf Basis der vorhandenen Daten eine günstige geologische Gesamtsituation für die Endlagerung **erwarten lassen**.

Zurzeit arbeitet die BGE im zweiten Schritt der ersten Phase an einer Eingrenzung der 90 Teilgebiete auf sogenannte Standortregionen. Diese will sie nach aktuellem Stand bis Ende 2027 dem Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE) in einem Vorschlag zur Prüfung vorlegen. Die BASE wird wiederum in allen vorgeschlagenen Standortregionen Regionalkonferenzen einrichten, um eine umfassende Beteiligung der Kommunen zu ermöglichen.

Ziel der BGE ist es, zum Ende der ersten Phase idealerweise maximal sechs Standortregionen zu benennen.

Wie geht es weiter?

Auf dem Weg von 90 Teilgebieten zu wenigen Standortregionen schickt die BGE bis 2027 alle Teilgebiete auf eine Art Hürdenlauf – die sogenannten repräsentativen vorläufigen Sicherheitsuntersuchungen (kurz: rvSU). Diese bestehen aus mehreren Prüfschritten, die die Gebiete nacheinander durchlaufen. Dabei wird auf Grundlage vorhandener geologischer Daten ermittelt, ob der Gebirgsbereich – sei es Ton-, Salz- oder Kristallingestein – den hochradioaktiven Müll sicher einschließen kann.

Die jeweiligen Hürden bestehen aus Kriterien und Anforderungen, die von Prüfschritt zu Prüfschritt immer schwieriger zu überwinden sind. Es gibt die Prüfschritte 1, 2, 3, 4a und 4b, insgesamt also fünf Prüfschritte.

Es würde hier jetzt allerdings den Rahmen sprengen, wenn ich alle Prüfschritte detailliert vorstelle. Aber logischerweise ist es so, dass Teilgebiete die alle Prüfschritte bestehen, von der BGE als besonders gut geeignet kategorisiert werden.

Problem an der bisherigen Vorgehensweise ist, dass ein erhebliches Ungleichgewicht herrscht. Während einige Regionen noch gar nicht geprüft worden sind, sind die Experten beispielsweise in weiten Teilen von Ostdeutschland, Bayern und Baden-Württemberg bei ihren Prüfschritten gleich mehrere Stufen weiter.

Der Zeitplan sieht jedoch vor, dass bis Sommer 2026 zumindest die Prüfschritte 1 und 2 für alle Teilgebiete abgeschlossen sein sollen. Die BGE will dann einen neuen Arbeitsstand veröffentlichen. Ein weiterer Zwischenbericht mit Ergebnissen soll voraussichtlich im Frühjahr 2027 veröffentlicht werden.

Zusammenfassend lässt sich also sagen, dass die BGE immer noch am Anfang des Auswahlverfahrens steht.

Stand jetzt sind nicht ansatzweise alle 90 Teilgebiete, von denen dann irgendwann einmal sechs als Standortregionen identifiziert werden sollen, vollständig untersucht worden.

Das Gebiet, das einen Teil von Bramsche beinhalten würde, hat bislang zwar alle Mindestanforderungen erfüllt. Da wir uns im Anfangsstadium des Auswahlprozesses befinden, ist derzeit aber überhaupt nicht absehbar, auf welche Standortregionen sich später einmal festgelegt wird und ob Flächen im Landkreis Osnabrück darunter sein könnten.

Nichtsdestotrotz müssen wir aber auch feststellen, dass Stand heute Bramsche und die Region Osnabrück noch im Rennen sind, ebenso wie Dutzende andere Gebiete in ganz Deutschland.

Dementsprechend kann auch nicht ausgeschlossen werden, dass in den kommenden Jahren weitere Untersuchungen in und um Bramsche stattfinden werden.

Es ist wünschenswert, dass die Experten im Zeitplan bleiben und aufgrund ihrer Prüfungen schnell Fakten schaffen können. So könnten müßige Spekulationen verhindert werden. Uns bleibt aber nur abzuwarten und die Experten ihre Arbeit machen zu lassen.

Versichern kann ich Ihnen allerdings, dass wir umgehend weitere Informationen veröffentlichen werden, sobald uns Neuigkeiten zum Verfahren bekannt sind. Bis dahin bitte ich Sie, gelassen und zuversichtlich in die Zukunft zu blicken.

Vielen Dank!